30 Millionen für 550 Plätze für Ausgesteuerte : "Beschäftigung statt Sozialhilfe" im Kanton Bern

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **97 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

30 Millionen für 550 Plätze für Ausgesteuerte

«Beschäftigung statt Sozialhilfe» im Kanton Bern

Der Kanton Bern stellt für die Arbeitsintegration von ausgesteuerten und sozialhilfeabhängigen Personen für das Jahr 2000 30 Millionen Franken zur Verfügung. Die 550 Plätze werden nach einem einheitlichen Schlüssel auf das ganze Kantonsgebiet verteilt.

Die Arbeitslosigkeit sinkt, aber die Sokkelarbeitslosigkeit der Langzeitarbeitslosen wird nicht so rasch zurückgehen. Auf 4600 Menschen wird die Zahl der Ausgesteuerten für den Kanton Bern geschätzt. Rund 30 Prozent der Ausgesteuerten müssen sich innerhalb von zwei Jahren bei der Sozialhilfe melden. Die Gesuche der Gemeinden, Arbeitsintegrationsprogramme über die Fürsorge zu finanzieren, stiegen steil an. Eine einheitliche Regelung drängte sich auf.

Nun hat der Regierungsrat des Kantons Bern die Spielregeln für Beschäftigungsprojekte für ausgesteuerte und auf Sozialhilfe angewiesene Personen einheitlich geregelt. Die Angebote stehen ebenfalls Erwerbslosen offen, die keinen Avig-Anspruch erwerben konnten, wie ehemals Selbständigerwerbende oder Flüchtlinge. Mit den Integrationsprogrammen sollen drei Ziele erreicht werden. Die Ausgrenzung soll verhindert, die beruflichen Fähigkeiten erhalten und die Reintegration in den Arbeitsmarkt gefördert werden.

Unter dem Titel «Beschäftigung statt Fürsorge» werden im Jahr 2000 maximal 30 Millionen Franken bereit gestellt. Die Kosten tragen der Kanton und die Gemeinden über die Lastenverteilung je zur Hälfte. Dieses Kostendach reicht aus, um 550 Jahres-Projektplätze zu finanzieren. Pro Platz und Monat stehen maximal 4500 Franken zur Verfügung, wobei die festen Kosten für Betreuung und Infrastruktur maximal 1200 Franken ausmachen dürfen.

Den Teilnehmenden an einem Integrationsprogramm wird ein Lohn ausgerichtet, auf dem Sozialversicherungen abgerechnet werden. Diese Löhne sind von der Rückerstattungspflicht ausgenommen und dürfen nicht über das individuelle Unterstützungsdossier verbucht werden. Die Losung «Arbeit und Lohn statt Sozialhilfe» wird damit – zumindest für Alleinstehende – zur Tatsache.

Die Städte waren bisher in der Arbeitsintegration aktiver. Der Regierungsrat will nun aber die Entwicklung in geordnete und steuerbare Bahnen lenken. Ausgehend von der Zahl der Arbeitslosen wurde jeder Gemeinde eine feste Anzahl Beschäftigungsplätze zugesprochen. Kleine Gemeinden sollen sich zu einem Verbund zusammenschliessen und gemeinsam Verträge mit einem Anbieter abschliessen. Die Stadt Bern steht mit 118,6 Plätzen (6,4 Mio. Franken) an der Spitze, gefolgt von Biel mit 63,85 Plätzen (3,4 Mio. Fr.). Die Gemeinden sind frei in der Wahl der Projektanbieter, sofern das Angebot den Mindestanforderungen des Kantons entspricht.

Das Kantonale Fürsorgeamt befürwortet Projekte, die auf der Freiwilligkeit und Motivation der Teilnehmenden aufbauen. Fürsorgedirektor Samuel Bhend bezeichnete das Projekt «Arbeit statt Fürsorge» der Stadt Bern, laut «Bund», als ideal, da es auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt aufbaut. *cab*